

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gerhard Jüttemann, Monika Balt, Petra Bläss,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS  
– Drucksache 14/2385 –**

**Gleichstellung der von Strukturkrisen betroffenen Bergleute in Ost und West**

**A. Problem**

Rechtliche Gleichstellung der Bergleute in den neuen Bundesländern, die ab dem 1. Januar 1997 aus nicht von ihnen selbst zu vertretenden Gründen ihren Arbeitsplatz aufgeben mussten bzw. in Zukunft aufgeben müssen, mit Steinkohlebergleuten bzw. Bergleuten des Braunkohletiefbaus.

Schaffung der entsprechenden rechtlichen Regelungen.

**B. Lösung**

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2385.

**Mehrheit im Ausschuss**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/2385 – abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2000

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Matthias Wissmann**  
Vorsitzender

**Werner Labsch**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Werner Labsch

### I.

Der Antrag der Fraktion der PDS wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Mai 2000 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung überwiesen.

### II.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 25. Oktober 2000 beraten und mehrheitlich die Ablehnung empfohlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen F.D.P. und PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 25. Oktober 2000 beraten und mehrheitlich Ablehnung empfohlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

### III.

Über den Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung aufgefordert werden rechtliche Regelungen in die Wege zu leiten, um die Bergleute in den neuen Bundesländern, die ab dem 1. Januar 1997 aus nicht von ihnen selbst zu vertretenden Gründen ihren Arbeitsplatz aufgeben mussten oder in Zukunft aufgeben müssen, hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung Steinkohlenbergleuten beziehungsweise Bergleuten des Braunkohlentiefbaus rechtlich gleichzustellen. Die Regelungen werden für erforderlich angesehen, um die von einer Strukturkrise betroffenen Bergleute wirt-

schaftlich abzusichern und um eine Gleichbehandlung von Bergleuten in Ost und West herzustellen, die von Strukturkrisen betroffen wurden.

Seitens der Fraktion der SPD wurde im Zuge der Ausschussberatungen angeführt, eine fehlende Gleichstellung der unterschiedlichen genannten Gruppen von Bergleuten sei im vorliegenden Fall nicht gegeben. Zur Strukturkrise im Steinkohlenbergbau sei ein Beihilfeprogramm entwickelt worden. Die Krise des ostdeutschen Bergbaus sei durch eine Art staatlichen „Mega-Sozialplan“ den Umständen entsprechend abgefedert worden. Daher müsse der Vorlage die Zustimmung versagt werden. Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde festgestellt, im vorliegenden Antrag würden Dinge verglichen, die nicht vergleichbar seien. Der westdeutsche Steinkohlenbergbau befinde sich weiterhin in einer massiven Umstrukturierungsphase. Die geschilderte Situation im ostdeutschen Bergbau betreffe zwischen 60 und 300 Personen. Für die Betroffenen solle eine individuelle Regelung gefunden werden. Wenn man im vorliegenden Fall eine gesetzliche Regelung vorsehe, würden auch viele andere Industriebereiche für sich eine gesetzliche Regelung fordern. Falls die Bundesregierung eine individuelle Lösung für die betroffenen Bergleute anstrebe, um diesen zu helfen, sei aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU dagegen nichts einzuwenden.

### IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/2385 – in seiner 40. Sitzung am 8. November 2000 abschließend beraten und mehrheitlich empfohlen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS sowie bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Berlin, den 8. November 2000

**Werner Labsch**  
Berichtersteller

